

HANS-GÜNTHER SERAPHIM UND ANDREAS HILLGRUBER

## HITLERS ENTSCHLUSS ZUM ANGRIFF AUF RUSSLAND

(Eine Entgegnung)

**Vorbemerkung des Herausgebers:** Es ist nicht unnatürlich und auch keineswegs unerwünscht, daß sich gegen Ansätze, die in dieser Zeitschrift erscheinen, gelegentlich Widerspruch erhebt. Nicht immer wird es möglich sein, ihn ausdrücklich zu Wort kommen zu lassen; aber im Einzelfall, insbesondere wenn es sich um methodisch und inhaltlich so bedeutsame Fragen handelt, wie die von Gerhard L. Weinberg im 1. Jahrg., H. 4 angeschnittenen, soll das durchaus geschehen. Wir bringen also gern die im folgenden abgedruckte Entgegnung, zusammen mit dem Schlußwort, das naturgemäß dem Autor zusteht. Das abwägende Urteil mag dem Leser überlassen bleiben.

Nur einige Punkte sind hier vorweg zu berühren. Einer betrifft die Vorbemerkungen des Herausg. zu dem Artikel in I, 4, S. 303. Es war darin der Umfang der benutzten Quellen und ihre so noch nicht erreichte systematische Durcharbeitung hervorgehoben worden. Es sei ausdrücklich gesagt, daß damit in keiner Weise eine Herabsetzung der Sammler- und Forschertätigkeit anderer – also etwa des Göttinger Instituts – beabsichtigt war. Tatsächlich trifft es indessen zu – wie eine Rückfrage bei den Verfassern der Entgegnung ergab –, daß ihnen mindestens eine für Weinbergs Beweisführung wichtige Quellengruppe, die sogenannten Interrogation Summaries, nicht verfügbar war. Vor allem aber lag der Nachdruck der Vorbemerkung nicht auf der Verfügbarkeit an sich, sondern auf dem Grad der Durcharbeitung eines höchst vielschichtigen Materials. Insbesondere in dieser Beziehung kann nur voll aufrechterhalten werden, was damals gesagt wurde. So wird denn auch die genaue Darlegung der militärischen Organisationspläne (von der „Friedensarmee“ zum Ostaufmarsch) wie vor allem die konkrete Herleitung des Entschlusses vom 31. Juli aus den Erwägungen über die Form der Bekämpfung Englands in der Entgegnung in keiner Weise angetastet. Auch das Schlußwort von Weinberg bringt wieder wertvolle Quellennachweise, vor allem ein Zeugnis in Gestalt einer schriftlichen Weisung Hitlers, das die nur relative Bedeutung des Molotow-Besuchs und der politischen Besprechungen („Gleichgültig welches Ergebnis“ sie haben) gegenüber den „mündlich befohlenen“ Vorbereitungen für den Ostfeldzug endgültig dartun sollte. – Das führt auf die methodischen Fragen, um die es in der Polemik offenbar geht, die Frage insbesondere, wo man den „eigentlichen“ Hitler dieser kritischen Monate (wie auch in anderen Phasen seiner Laufbahn) greift, in den militärischen Anordnungen, seien es mündliche „Führerbesprechungen“ oder schriftliche Weisungen, oder im Feld diplomatisch-taktischer Aktionen und ihrer Deutung durch andere. – Damit tritt dann zugleich das inhaltlich Bedeutsame der Kontroverse heraus. Man mag es als eines ihrer positiven Ergebnisse buchen, daß Seraphim auf die früher von ihm vertretene Ansicht vom Angriff gegen Rußland als einem Präventivkrieg auch nicht in Andeutungen mehr zurückkommt. Aber es erscheint ihm offenbar zweifelhaft, daß Hitler so frühzeitig eines „Entschlusses“ – selbstverständlich nicht eines dogmatisch feststehenden, aber eines sehr folgenreichen Entschlusses – wie überhaupt so konsequenten Handelns fähig gewesen; ihm scheint er vielmehr mit dem Nichterreichen des Friedens im Westen den Boden unter den Füßen zu verlieren und schließlich – vielleicht auf Grund selbstgeschaffener Schwierigkeiten – in etwas hineinzustolpern, was er eigentlich nicht gewollt hat. Auch eine solche

Ansicht unterscheidet sich vorteilhaft von Hesses These des immer von anderen getriebenen Hitler, mit der in diesem Heft abgerechnet wird. Aber ob sie Hitler „ernsthaft“ genug nimmt? Wir möchten in der Antwort darauf über alle Einzelheiten hinaus ein wesentliches Ergebnis der hier auszutragenden Kontroverse sehen. H. R.

In seinem Aufsatz „Der deutsche Entschluß zum Angriff auf die Sowjetunion“ (V. f. Z. I, 4) stellt Gerhard L. Weinberg die These auf, Hitlers Entscheidung habe bereits am 31. Juli 1940 festgestanden, im Frühjahr 1941 Rußland anzugreifen. Von diesem Entschluß seien die weitere deutsche Kriegführung und auch die deutsche Außenpolitik weitgehend bestimmt gewesen.

Die Quellen lassen keinen Zweifel darüber, daß die Frage „England – Rußland“ mehr als jedes andere Problem Hitler im Hochsommer 1940 beschäftigt hat. Glaubte er doch, in Rußland die letzte Hoffnung Englands sehen zu müssen. Und so ist die zweite Hälfte des Jahres 1940 erfüllt von Hitlers Bemühung, mit dieser Problematik fertig zu werden. Es kann auch kein Zweifel daran bestehen, daß Hitler im Zuge dieser Überlegungen sich schon im Juli 1940 sehr ernsthaft mit dem Gedanken an einen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion beschäftigt hat. Dagegen scheint die These, Hitler habe sich bereits Ende Juli 1940 endgültig zum militärischen Angriff entschlossen, nicht haltbar und von W. nicht bewiesen. Hierzu ist folgendes zu sagen.

#### I.

Hitlers Entschluß zum Angriff auf die Sowjetunion ist doch nicht so sehr eine militärische als vielmehr eine politische Entscheidung. Man muß also seine politische Auffassung zu erforschen versuchen. Es genügt nicht, wie W. es getan hat, aus der Entwicklung zwei Monate herauszuschneiden, sie zu untersuchen und sich dabei in erster Reihe auf das zu berufen, was Hitler in diesem Zeitraum seinen militärischen Mitarbeitern gesagt hat. Denn es ist eine Tatsache, daß Hitler in allen Besprechungen „ad personam“ geredet hat und man sich auf die Verbindlichkeit seiner Äußerungen nur dann verlassen kann, wenn es sich um Befehle und Weisungen handelte. Man darf sie also nicht unbesehen hinnehmen oder gar in ihrer Bedeutung pressen.

Vielmehr muß man, um die Bedeutung der Eintragungen im Haldertagebuch, auf die W. sich vorwiegend stützt, richtig zu bewerten, die Frage stellen, ob denn Hitlers Politik nach dem 31. Juli 1940 zielbewußt und ausschließlich auf die Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen die Sowjetunion als einzig möglichen Ausweg aus der politischen Situation abgestellt gewesen ist<sup>1</sup>.

Das Gegenteil ist der Fall gewesen. Vielmehr hat Hitler versucht, die kriegerische Auseinandersetzung mit Rußland durch eine Regelung der Beziehungen auf politischem Wege zu vermeiden. Er tat dies unter Wiederaufnahme seines alten

<sup>1</sup> Diese Untersuchung ist deshalb nicht zu umgehen, weil es nicht darauf ankommt, festzustellen, was Hitler gesagt, sondern was er – wie sein Handeln zeigt – wirklich gewollt hat. Hierauf verzichten, die Untersuchung auf Hitlers Äußerungen, noch dazu während eines kurzen Zeitabschnittes beschränken, hieße der geschichtlichen Wahrheit Gewalt antun.

<sup>2</sup> Zeitgeschichte 16

Planes, einen Kontinentalblock zu schaffen. Diesem Zweck diene die Begründung des Dreimächtepaktes, der durch Einbeziehung der Sowjetunion zu einem Viermächtepakt ausgestaltet werden sollte und die Teilung der Welt unter die vier Partner zum Ziel hatte. Als wichtigste Etappe auf diesem Wege erschien der Besuch Molotows in Berlin. Sollten doch bei dieser Gelegenheit die vorbereiteten Vertragsentwürfe vorgelegt und unterzeichnet werden. Sie sind in der auch von W. zitierten Veröffentlichung des State Department „Nazi-Soviet-Relations“ publiziert worden.

Wenn wirklich, wie W. vermutet, der „unabänderliche Entschluß“ — um Hitlers Terminologie zu gebrauchen — am 31. Juli 1940 bereits feststand, im Frühjahr 1941 Rußland anzugreifen, — was sollte diese politische Aktivität dann bedeuten? Handelt es sich hierbei nach Weinbergs Ansicht etwa nur um Tarnmaßnahmen größten Stils? Ohne Beantwortung dieser Frage bleiben alle Deduktionen auf Grund des Haldertagebuches und anderer Quellen über Hitlers Äußerungen im Juli 1940 naturnotwendig Theorien im luftleeren Raum.

W. hat in seinem Aufsatz sehr viele Quellen — die übrigens ausnahmslos auch in Deutschland vorhanden sind — erwähnt. Für die Beantwortung dieser Frage hätte er aber ein Dokument heranziehen müssen, das einen sehr wichtigen Hinweis auf die Bedeutung der Hitlerschen Politik nach dem 31. Juli 1940 enthält, das handschriftliche Tagebuch von Alfred Rosenberg (Nürnberg-Dokument PS-1749). Dort heißt es in einer Eintragung vom 24. September 1939 auf Seite 34 des handschriftlichen Originals:

„Gestern besuchte mich Darré und teilte mir seine Auffassung der Lage mit . . . Er fand u. a., die Engländer hätten durch die Tatsache, daß wir dank der Demarkationslinie keine Grenze mit Rumänien hätten, das erreicht, was eines ihrer wichtigsten Ziele wäre, uns vom Schwarzen Meer fernzuhalten. Ribbentrop hätte Anspruch auf einen Sitz im Oberhause. Die Eisenbahn nach Rumänien sei in sowjetrussischer Hand! Würden die Russen jetzt noch ins Baltikum einmarschieren, so sei auch die Ostsee für uns strategisch verloren, Moskau mächtiger als je — und jederzeit ein Zusammengehen mit dem Westen gegen uns möglich.

Alles richtig.

Ich verwies auch auf die bearbeitete Hoffnung des Kontinentalblocks: Rom, Berlin, Moskau, Tokio. Käme er, dann müßte England schnell Frieden machen, sonst ginge das brit. Weltreich hoch. An dieser Möglichkeit hängt jetzt viel, vielleicht alles.“

Und am 10. Oktober 1939 (Seite 42/43 des Originals) heißt es:

„Ich habe dem Führer manche Aktennotiz übersandt, zu einer eingehenden Aussprache aber trotz vieler Versuche keine Möglichkeit gehabt. In der gegebenen Lage war der Entschluß (Paktabschluß) um einen Rückzug zu vermeiden verständlich, ja vielleicht notwendig. Eines ist jedoch klar: Moskau ist strategisch ungeheuer vorgerückt und wird sich im Baltikum festsetzen. Zunächst in „Stützpunkten“, dann vollständig. Damit ist die Ostsee kein Germanisches Meer, sondern kann im Norden von Moskau bedroht, ja beherrscht werden. Im Süden: keine gemeinsame Grenze mit Rumänien und wenn auch die bessarabische Frage zurückgestellt ist, auch sie wird in Zukunft angeschnitten werden.“

So weit das Zitat aus dem Rosenberg-Tagebuch. Hier erscheint — ein Jahr vor der tatsächlich versuchten Ausführung — die Konzeption des Viermächtepaktes als Mittel, um England schnell zum Frieden zu zwingen. Und sie taucht auf in dem Tagebuch eines Mannes, der — wie sich bei der Planung des Norwegenunternehmens gezeigt hat — bei Hitler durchaus Gehör und in diesen Fragen auch Einfluß hatte. War aber der Gedanke des „Kontinentalblocks“ — wie das Zitat ergibt — ein alter Gedanke der nationalsozialistischen Außenpolitik, dann darf man das politische Vorgehen Hitlers im Herbst 1940 nicht als Bluff und Tarnung betrachten. Ganz abgesehen davon gibt es auch sonst keinen Hinweis, daß Hitlers Bestrebungen in dieser Zeit nicht ernst zu nehmen gewesen wären.

Diese Überlegung führt hin zu Warlimonts Aussage im sogenannten OKW-Prozeß am 23. Juni 1948, in der er seine früheren Bekundungen ausdrücklich bestätigte:

„Hitler sei entschlossen . . . (Punkte im Protokoll) oder Hitler sei der Ansicht gewesen, daß eine kriegerische Auseinandersetzung mit Rußland in absehbarer Zeit unvermeidlich sei. Jodl verwies dabei zunächst auf die angeblich unüberbrückbaren weltanschaulichen Gegensätze zwischen dem Kommunismus und dem Nationalsozialismus. Weiterhin sprach er von dem immer bedrohlicheren russischen Aufmarsch an der neuen deutsch-russischen Demarkationslinie im ehemaligen Polen. Dieser Aufmarsch verdichtet sich ganz besonders im Süden Rumänien gegenüber und bedeutet immer mehr eine unmittelbare Gefährdung des Ölgebietes. Jodl fuhr fort, daß Hitler versuchen würde, eine Klärung auf diplomatischem Wege mit Rußland herbeizuführen. Sollte diese aber fehlschlagen und damit der Wille Rußlands deutlich werden, seine Politik Deutschland gegenüber zu ändern, so sei Hitler entschlossen, den unvermeidlichen Konflikt mit Rußland eher im Zuge dieses Krieges durchzuschlagen, als sich in einigen Jahren nötigen zu lassen, erneut einen Krieg zu beginnen und diese Frage zu lösen.“

Legt man diese Mitteilung, die Hitlers nächster Mitarbeiter auf dem militärischen Sektor, Generaloberst Jodl, Ende Juli 1940 Warlimont gemacht hat, sowie den tatsächlichen politischen Ablauf zugrunde und kombiniert sie mit den anderen Quellen, so kommt man zu der These, daß Hitler im Sommer 1940 sich entschlossen hatte, in jedem Fall eine endgültige Regelung der deutsch-russischen Beziehungen herbeizuführen, wobei diese Regelung primär auf politischem Wege gesucht werden sollte. Bei Fehlschlagen dieser Absicht allerdings schien ihm der Krieg als die dann zwangsläufig sich ergebende Lösung.

## II.

Einige Einzelfeststellungen Weinbergs bedürfen der Klarstellung. Es soll daher versucht werden, dies im folgenden zu tun.

a) W. spricht die Ansicht aus, das Vorgehen der Russen gegen Rumänien sei von den zuständigen deutschen Dienststellen „damals nicht als große Überraschung empfunden“ worden. Diese Auffassung scheint im Widerspruch zu stehen mit den Eintragungen in Halders Tagebuch. Er schreibt am 25. Juni:

„Rußland will Bessarabien. Wir sind an Bessarabien desinteressiert. Die von den Russen in die Debatte geworfene Frage der Bukowina ist neu und geht über die Abmachungen hinaus, die zwischen Rußland und uns getroffen sind. Wir haben aber großes Interesse daran, daß es in den Balkanländern nicht zum Kriege kommt.“

Beschränkt sich Halder hier darauf, das Überschreiten der vereinbarten Grenzziehung durch die Russen festzustellen, so schreibt er am 30. Juni bereits:

„11.00 Unterredung mit Weizsäcker:

- a) Wir können die Erfolge dieses Feldzuges nur mit den Kräften erhalten, mit denen sie errungen wurden, also mit militärischer Gewalt.
- b) Für Friedensbildung noch keine handgreiflichen Unterlagen.
- c) Augen stark nach dem Osten gerichtet.
- d) England wird voraussichtlich noch einer Demonstration unserer militärischen Gewalt bedürfen, ehe es nachgibt und uns den Rücken frei läßt für den Osten. Im Ganzen Zufriedenheit mit Rußlands Beschränkung, mit der Waffenniederlegung in den frz. Kolonien.

Die Schwierigkeiten liegen weniger in der augenblicklichen Lage als in der künftigen Entwicklung. Denn die Erhaltung unseres Erfolges durch militärische Machtmittel muß zur Überanstrengung führen.“

Sollte es ein Zufall sein, daß wenige Tage nach dem russischen Vorgehen gegen Rumänien, das den getroffenen Abmachungen nicht entsprach und das, wie in einer Note an Moskau ausdrücklich ausgeführt worden war, in gewaltsamer Form von Deutschland nicht erwartet worden war, Weizsäcker und Halder daran denken, daß es notwendig werden könnte, sich durch einen Schlag gegen England einen freien Rücken für ein Vorgehen gegen Osten zu verschaffen? Sollte es ein Zufall sein, daß sich Halder am 4. Juli zum erstenmal „über die Truppenverteilung Rußland“ durch den zuständigen Abteilungschef Vortrag halten läßt? (Tagebuch 4. Juli).

W. führt ferner als Beweis für die ruhige und nicht alarmierte deutsche Haltung die Fortsetzung der deutschen Mobilmachungsplanung auch nach dem russischen Vorgehen gegen Rumänien an. Wie erklärt er sich aber folgende Eintragung Halders vom 13. Juli:

„Es erscheint zweckmäßig, von den 35 in der Heimat zur Auflösung abgestellten Divn. etwa 20 nicht aufzulösen, sondern nur durch Beurlaubung die Arbeitskräfte der Heimat zuzuführen, um die Div. sofort wieder greifbar zu haben.“

Warum stoppt Halder die Auflösung von Divisionen? Es bleibt doch nur der Schluß übrig, daß im Gegensatz zu Weinbergs Auffassung die deutsche militärische Leitung, jedenfalls der Chef des Generalstabes des Heeres, durch das russische Vorgehen durchaus veranlaßt war, den Blick sehr scharf nach dem Osten zu richten, was vorher nicht geschehen war. Wird doch am 9. Juli die russische Haltung von Halder im Zusammenhang mit Rumänien als „unklar“ bezeichnet.

b) In seinem Aufsatz bestreitet W., daß in Deutschland die Mitteilung der Russen über das Stalin-Cripps-Gespräch als Warnung aufgefaßt worden sei, und zitiert in diesem Zusammenhang ausführlich Eintragungen aus dem Halder-Tagebuch vom 22. Juli. Es mag befremden, daß Weinberg etwa die Worte „Stalin koket-



tiert mit England“ usw. (Absatz 7) in seinem Sinne aufzufassen scheint, obschon auch in ihnen ein gewisses Mißtrauen mitzuschwingen scheint. Es muß aber wesentlich mehr befremden, daß er die Stelle aus der Eintragung in das Halder-Tagebuch vom gleichen Tage, in der die offizielle und die wirkliche Haltung der Sowjetunion (nach deutscher Auffassung) einander gegenübergestellt werden, nicht zitiert und nicht erwähnt. Sie lautet:

„Rußland: – England: Beide wollen zueinander. Russen haben Angst, sich uns gegenüber zu kompromittieren, wollen keinen Krieg. Besprechungen Stalin – Cripps lassen offiziell eine erfreuliche Ablehnung Stalins gegen England erkennen. Rußland lehnt „Gleichgewichts“-Politik Englands ab, lehnt engl. Bedingungen für Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern ab. Es will nicht die Führung und Zusammenfassung auf dem Balkan in Anspruch nehmen, weil ein solcher Anspruch keine Macht ergeben könne. Die wirkliche Stimmung in Rußland kommt aber bei anderen Gelegenheiten (Gespräch Calinin mit jugoslawischen Gesandten) zum Ausdruck. Hier wird zum Kampf gegen Deutschland aufgefordert. „In einem Block zusammenschließen.“ (Seite 110 des Originals.)

In dieser Eintragung, die aus einem Gespräch Halders mit dem Vertreter des Auswärtigen Amtes beim OKH, v. Etdorf, stammt, findet W. die klare Gegenüberstellung offizieller und wirklicher Auffassung in Moskau, wie sie Halder und von Etdorf sahen. Sie scheint wichtiger als die Feststellungen Churchills und anderer Ausländer, auf die sich W. als Gewährsmänner für innerdeutsche Fragen beruft.

Ganz abgesehen von allem anderen mußte es aber in Berlin auffallen, daß Herr Cripps von Stalin überhaupt empfangen worden war, nachdem dies noch Ende Mai ausdrücklich abgelehnt worden war. (Nürnberg Dokument C-170, Nr. 53 vom 29. Mai 1940).

c) W. führt als Grundpfeiler seiner These Halders Aufzeichnungen über die Besprechung am 31. Juli bei Hitler auf dem Berghof an. Er nimmt aber nicht Stellung zu Halders Aussage (obschon er sie als Quelle angibt), in der er sich vor dem Nürnberger Tribunal im Wilhelmstraßenprozeß unter Eid über die Bedeutung dieser Besprechung geäußert hat. Dort heißt es:

F.: Wann waren Sie nun persönlich das erste Mal bei Hitler in dieser Angelegenheit?

A.: Am 31. Juli 1940 war der Oberbefehlshaber des Heeres von Brauchitsch und ich in seiner Begleitung zu Hitler befohlen. Dabei brachte Hitler u. a. auch den Gedanken zum Ausdruck, daß er im Frühjahr 1941 mit der Möglichkeit rechne, Rußland angreifen zu müssen und gab einige operative Gesichtspunkte, wie er sich die Führung eines solchen Krieges denke.“ (Fall XI, deutsches Protokoll, S. 20526 f.)

Als Halder am 9. September 1948 diese Aussage machte, hatte er sein Merkbuch (denn ein solches ist das sogenannte Tagebuch) in Händen. Es entfällt also die Möglichkeit, gegen seine Bekundungen den Einwand zu erheben, er habe sich nicht mehr recht an die Bedeutung der Besprechung bei Hitler erinnern können.

Aus dem Tagebuch geht übrigens an einer anderen Stelle sehr klar hervor, wie Halder und Brauchitsch Hitlers Ausführungen bei solchen Gelegenheiten bewerteten. Am 27. August 1940 schreibt Halder:

„09.00 Besprechung mit ObdH: Sie ergibt nachträglich Anhaltspunkte über die letzte Aussprache mit dem Führer. Anscheinend war es wieder das politische Kaleidoskop, das man kennt.

Uferlosigkeiten: Man will Spanien einspannen, ohne die wirtschaftlichen Folgen zu kennen; man rechnet mit Nordafrika als einem Kriegsschauplatz gegen England (Ägypten, Vorderasien; Abdrängen der Engländer von Cypern und Haifa?!). Man will sich Rumänien sichern, ohne aber jetzt schon den Russen zu sehr zu reizen. Man will im Norden (Petsamo) bereit sein, wenn der Russe Finnland angreift.

Das Heer soll für alles bereit sein, ohne daß eine klare Auftragserteilung erfolgt.“

„Ohne daß eine klare Auftragserteilung erfolgt.“ Könnte Halder dies wirklich schreiben, könnte er sich über die Aufgaben des Heeres den Kopf zerbrechen müssen, wenn wirklich vier Wochen vorher ihm der Entschluß mitgeteilt worden wäre, der endgültige Angriffsentschluß auf Rußland? Nein, in Wirklichkeit war zu diesem Zeitpunkt noch alles im Fluß, überstürzten sich und überkreuzten sich Hitlers Planungen. Fest stand nur die Grundkonzeption: Lösung möglichst mit Rußland gemeinsam auf politischem Wege. Sollte das unmöglich sein, mit Gewalt gegen Rußland.

Es ließe sich noch manches zu dem Aufsatz von W. sagen. Etwa, daß der Befehl „Aufbau Ost“, dem er so viel Gewicht beilegt, nur eine Wiederholung eines bereits im Herbst 1939 nach der Besetzung Polens herausgegebenen Befehles ist. Man könnte darauf verweisen, daß die Verlegung deutscher Divisionen nach dem Osten am 27. August mit einem künftigen Angriff auf Rußland nichts zu tun hat. Dies ergibt sich aus dem auch von Weinberg zitierten Dokument C-170. Er bezieht sich offensichtlich auf die Eintragung Nr. 79:

„Im August 1940 Beginn der deutschen Truppenverschiebungen an die Ostgrenze (nach dem Aufruf des Führers vom 22. 6. 41 – T. P. vom 23. 6. 41).“

Offensichtlich hat W. übersehen, daß diese Stelle durch ein besonderes, nachträglich eingelegetes Blatt ausdrücklich berichtigt worden ist:

„Zu Nr. 79 vgl. Weisung des OKW vom 27. 8. 40 in Akte ‚Seelöwe‘ Weisungen des OKW I, Bd. 1. Bl. 26; Verschiebung von 10 Divisionen und 2 Pz.-Divisionen in das Generalgouvernement für eventuell notwendiges schnelles Eingreifen zum Schutz des rumänischen Ölgebietes.“

Diese Berichtigung ist, wie das Datum ergibt, erst nach Beginn des Ostfeldzuges erfolgt, als die gesamten Weisungen und Aufmarschpläne vorlagen. Sie beweist, daß jene Truppenverlegung mit dem russisch-rumänischen Konflikt, der sich Ende August erneut anzuzeichnen schien, zusammenhing. Bekanntlich hat die deutsche Stellungnahme zu einem sehr scharfen Notenwechsel zwischen Moskau und Berlin geführt.

## III.

Diese Ausführungen leiten hinüber zu der notwendigen Auseinandersetzung mit dem letzten Abschnitt von Weinbergs Aufsatz, der sich auf das deutsch-rumänische Verhältnis bezieht und ebenfalls nicht unwidersprochen bleiben kann. Im Gegensatz zu Weinbergs These muß betont werden, daß die Annexion Bessarabiens und der Nordbukowina, die für die deutsche Führung bezüglich der Bukowina durchaus überraschend erfolgte, als das Moment betrachtet werden muß, das die weitere Entwicklung in Südosteuropa auslöste. Unmittelbare Auswirkungen des sowjetischen Vorgehens waren:

a) Anfang Juli<sup>2</sup> rief König Carol den deutschen Gesandten Fabricius zu sich und bat ihn, Hitler mitzuteilen, daß er nun Hitler um eine Garantie der rumänischen Grenzen und um die Entsendung einer deutschen Militärmission nach Rumänien bitte, nachdem er dem deutschen Rat auf Räumung Bessarabiens ohne Widerstand gefolgt sei. Am 15. Juli erklärte Hitler in einem Brief an König Carol, daß er den Wünschen des Königs erst dann entsprechen könne, wenn die Revisionsforderungen Ungarns und Bulgariens erfüllt seien. Er rege daher direkte rumänisch-ungarische und rumänisch-bulgarische Verhandlungen an. Nach Regelung dieser Fragen werde er auf den Wunsch des Königs zurückkommen. Die Garantie der Grenzen Rumäniens stand demnach im Prinzip schon am 15. Juli 1940 fest.

b) Nach der Annexion Bessarabiens und der Nordbukowina verstärkten sich die Revisionsforderungen Ungarns und Bulgariens auf Siebenbürgen und die Südbukowina. Hitler hatte bisher nicht nur jede Unterstützung der ungarischen Forderungen abgelehnt, sondern den Staatsmännern Ungarns wiederholt deutlich zu verstehen gegeben, daß Deutschland in Südosteuropa nur das eine Interesse habe, unter allen Umständen die Ruhe in diesem Gebiet aufrechtzuerhalten<sup>3</sup>. Kurz vor dem 10. Juli<sup>4</sup> änderte Hitler seine Stellungnahme, nachdem deutlich geworden war, daß die Sowjetregierung die Forderungen Ungarns und Bulgariens zumindest propagandistisch unterstützte<sup>5</sup>.

Er stimmte am 10. Juli 1940 während der Konferenz mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Teleki in München den Revisionsforderungen grundsätzlich zu, vorausgesetzt, daß die Einigung auf friedlichem Weg zustande komme. Am 26. Juli wiederholte Hitler dem rumänischen Ministerpräsidenten Gigurtu auf dem Obersalzberg seine in dem Brief an König Carol ausgesprochene Anregung, mit Ungarn und Bulgarien in direkte Verhandlungen einzutreten. Am 27. Juli empfing er die bulgarischen Staatsmänner, denen er die gleichen Vorschläge unterbreitete.

<sup>2</sup> Genaues Datum auf Grund des in Deutschland zur Zeit zugänglichen Aktenmaterials nicht festzustellen. Terminus post quem: 28. Juni, Terminus ante quem: 9. Juli 1940.

<sup>3</sup> Zuletzt noch Ende Mai 1940. Vgl. Halder-Tagebuch, 21. und 26. Mai 1940.

<sup>4</sup> Noch am 7. Juli 1940 zeigte sich Hitler den ungarischen Forderungen gegenüber gleichgültig. Vgl. Dok. PS—2766, Aufzeichnung des Gesandten Schmidt über die Besprechung Hitler — Ciano, 7. Juli 1940.

<sup>5</sup> Hierzu: Tagebuch Halder, 5. Mai 1940; Das Nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion 1939—1941 (Department of State 1949) S. 180, Dok. 152: Schulenburg an das Auswärtige Amt, 26. Juni 1940.



Am 16. August begannen die ungarisch-rumänischen Verhandlungen in Turnu-Severin, am 19. August die rumänisch-bulgarischen Besprechungen in Craiova. Während diese bereits am 21. August zu einer prinzipiellen Einigung führten, wurden die ungarisch-rumänischen Besprechungen am 23. August ergebnislos abgebrochen. Nun wandten sich die rumänische und die ungarische Regierung an die Reichsregierung mit der Bitte um einen Schiedsspruch. Gleichzeitig verschärfen sich die Spannungen durch ungarische Truppenkonzentrationen an der siebenbürgischen Grenze. Der Schritt der beiden Regierungen kam daher dem Bestreben Hitlers entgegen, die inzwischen bedrohlich gewordene allgemeine Situation in diesem Raum zu klären.

Die am 25. und 26. August auf dem Berghof einlaufenden Nachrichten über sowjetische Truppenaufmärsche an der neuen sowjetisch-rumänischen Grenze lösten den Entschluß Hitlers aus, sich in den Streit um Siebenbürgen einzuschalten und durch einen Schiedsspruch die verfahrenere Lage zu retten<sup>6</sup>. Also erst am 26. August, nicht schon am 31. Juli, entschloß sich Hitler, die rumänisch-ungarische Streitfrage selbst zu regeln. Um sich für den Fall eines Scheiterns der Vermittlungsaktion vor Überraschungen von seiten Rußlands zu sichern, befahl er am 28. August die Zusammenziehung von Heeres- und Luftwaffenkräften im Raum um Wien, die, wenn erforderlich, im raschen Einsatz in das rumänische Erdölgebiet geworfen werden sollten. Doch wurde die vom Wehrmachtsführungsstab ausgearbeitete „Weisung zur Besetzung des rumänischen Erdölgebietes“ nicht ausgegeben. Am 10. September wurde die „Sofortbereitschaft“ der für den Einsatz bestimmten Truppen wieder aufgehoben.

c) Die Behauptung Weinbergs auf Grund einer mißverstandenen Notiz Halders, daß schon Mitte August „Vorbereitungen für eine deutsche Besetzung Rumäniens“ im Gange waren, ist nicht aufrechtzuerhalten. Erst am 2. September beschloß Hitler angesichts der weiterhin unsicheren Lage im sowjetisch-rumänischen Grenzgebiet, auf den Wunsch König Carols nach Entsendung einer deutschen Militärmission nach Rumänien zurückzukommen. Auf den Bericht des Oberquartiermeisters IV, Generalleutnant v. Tippelskirch, hin, der in Bukarest die Wünsche des neuen rumänischen Ministerpräsidenten Antonescu entgegennahm, entschied sich Hitler am 19. September „endgültig“ dafür, eine Heeres- und Luftwaffenmission nach Rumänien zu entsenden. Die Aufgaben der zu entsendenden (nicht wie Weinberg sagt „der entsandten“) Militärmission sollten sein:

- „1. das Ölgebiet vom Zugriff einer dritten Macht und vor Zerstörung zu schützen,
2. die rumänische Wehrmacht nach einem straffen, auf die deutschen Interessen ausgerichteten Plan zur Lösung bestimmter Aufgaben zu befähigen,
5. für den Fall eines uns aufgezwungenen Krieges mit Sowjetrußland den Einsatz deutscher und rumänischer Kräfte von Rumänien aus vorzubereiten.“

<sup>6</sup> Eine Darstellung der bisher noch wenig bekannten Vorgänge, die zu dem Wiener Schiedsspruch führten, sowie zu der unglückseligen Grenzziehung kann in diesem Zusammenhang nicht geboten werden. Vgl. hierzu: Andreas Hillgruber „Hitler, König Carol und Marschall Antonescu“, Wiesbaden 1954.

Weinberg erwähnt in seinem Aufsatz nur den dritten Punkt.

Die Chefs der Militärmission trafen am 12. Oktober in Bukarest ein, nachdem die rumänische Regierung am 30. September von dem deutschen Entschluß in Kenntnis gesetzt worden war. Die „Lehrtruppen“ (13. mot. Division) waren erst Mitte November in Rumänien versammelt.

Am Rande ist hier zu bemerken, daß es eine „deutsche Besetzung“ Rumäniens im zweiten Weltkrieg nicht gegeben hat. Abgesehen von den „Lehrtruppen“, um die Rumänien selbst gebeten hatte und für deren Unterhalt die rumänische Regierung sorgte, wurde die Finanzierung und Versorgung der in der Folge für kürzere oder längere Zeit auf rumänischem Boden befindlichen deutschen Divisionen durch deutsch-rumänische Wirtschaftsabmachungen im Rahmen des Clearing-Verkehrs geregelt.

d) Völlig unverständlich ist der Zusammenhang der von W. angeführten Vorgänge um die Inseln im Kilia-Arm der Donau mit der Besprechung vom 31. Juli 1940. Die Besetzung der Inseln erfolgte von sowjetischer Seite gerade zu einem Zeitpunkt (Ende Oktober), als die Reichsregierung eine doppelte Anstrengung unternahm, um mit der Sowjetunion zu einem Ausgleich zu kommen. Am 13. Oktober schlug Ribbentrop in einem Brief an Stalin einen Besuch Molotows in Berlin vor, und am 29. Oktober — drei Tage nach der Besetzung der Inseln — begann in Bukarest die sogenannte See-Donau-Konferenz, auf der ein neues Regime für die Donau-Strecke von Braila bis zum Schwarzen Meer von den Delegierten Deutschlands, Italiens, der Sowjetunion und Rumäniens ausgearbeitet werden sollte. Um sich für diese Verhandlungen eine günstige Position zu verschaffen, schritt die Sowjetregierung zur Besetzung der Inseln. Wenn sich „Berlin nicht rührte“, so geschah es — zumindest auch, wenn nicht sogar in erster Linie —, um die bevorstehenden Verhandlungen in Bukarest und in Berlin nicht unnötig im voraus zu belasten. Ein Protest — und nur um einen solchen konnte es sich handeln — hätte faktisch keine Bedeutung gewonnen. Die Bemerkungen Gafencus, auf die sich Weinberg stützt, müssen als Polemik verstanden werden, die im historischen Zusammenhang keine Bedeutung haben.

Faßt man zusammen, was in diesem kurzen Abriß als Antwort auf die Ausführungen von Weinberg gesagt werden konnte, so will uns die in jenem Aufsatz aufgestellte These nicht überzeugend erscheinen. Man wird daher mit Spannung der angekündigten Gesamtdarstellung der deutsch-russischen Beziehungen jener Jahre entgegensehen, in der W. zu dem ganzen Problemkreis Stellung nehmen muß, auch etwa zu Hitlers Politik nach dem 31. Juli 1940.

#### SCHLUSSWORT

Auf die vorstehende Entgegnung ist zunächst zu erwidern, daß sie mir Behauptungen unterlegt, die ich nicht gemacht habe. Weder findet sich in meinem Artikel die Behauptung, daß „Hitlers Politik nach dem 31. Juli 1940 zielbewußt und ausschließlich auf die Vorbereitung eines Angriffskriegs gegen die Sowjetunion . . . gestellt

gewesen ist“, noch habe ich einen „unabänderlichen Entschluß“ vermutet. Das Wort unabänderlich ist weder meine Vermutung noch — für den 31. Juli 1940 — „Hitlers Terminologie“. Diese zugespitzte Formulierung stammt einzig und allein von S. und H. Ich habe lediglich zu beweisen gesucht, daß Hitler sich am 31. Juli 1940 zu einem Angriff auf die Sowjetunion im Frühjahr 1941 entschloß, daß dieser Entschluß sofortige durchgreifende Auswirkungen auf die deutsche Militär- und Außenpolitik hatte, und daß diese Auswirkungen weitere Entwicklungen auslösten, welche Hitler in seinem Entschluß bestätigten (aber kaum als Gründe für den Entschluß selbst angeführt werden können).

Demgegenüber versuchen S. und H. zu beweisen, daß Hitler in der betreffenden Zeit einen Angriff auf die Sowjetunion nur erwog für den Fall, daß Rußland nicht auf seine politischen Vorschläge eingehen würde. Sie zitieren Auszüge aus dem Tagebuch Rosenbergs, die auf Absichten Hitlers, einen „Kontinentalblock“ zu errichten, deuten sollen. Daß Rosenberg im Herbst 1939 irgendwelchen Einfluß auf die deutsche Politik gegenüber Rußland hatte, wird die meisten Kenner der Verhältnisse im Dritten Reich überraschen. Abgesehen von seiner Rolle im Norwegen-Unternehmen und einigen anderen außenpolitischen Schritten war Rosenbergs Einfluß auf die deutsche Außenpolitik sehr gering. Die zitierten Tagebuchauszüge beweisen lediglich, daß Hitler sich Rosenbergs Ausführungen „trotz vieler Versuche“ gar nicht anhören wollte. Die in diesem Zusammenhang wiedergegebene Aussage Warlimonts im OKW-Prozeß bedarf eingehender Untersuchung. In der Anmerkung 43 zu meinem Artikel sind zehn Hinweise zu Warlimonts verschiedenen Aussagen zur Konferenz mit Jodl am 29. Juli 1940 enthalten. Neun davon sagen nichts über eine primär politische Lösung. Warlimont hat solche Möglichkeiten in seinen ersten schriftlichen Ausführungen nie erwähnt<sup>7</sup>. Die in derselben Anmerkung angeführten Aussagen Jodls zu diesem Thema bringen ebenfalls keinen Hinweis auf irgendwelche Absichten Hitlers, erst den politischen Weg zu versuchen. Von den drei Offizieren der Wehrmachtteile — Loßberg (Heer), Junge (Marine) und Falkenstein (Luftwaffe) — die der Besprechung am 29. Juli beiwohnten, sind Nachkriegsaussagen der beiden ersten bekannt und in der Anmerkung zitiert. Beide berichten auch nichts über diplomatische Versuche. Wenn S. und H. behaupten, daß die oben angeführte Aussage Warlimonts, die im klaren Widerspruch zu seinen übrigen

<sup>7</sup> Vgl. z. B. seine auf englisch geschriebene Erklärung vom 21. November 1945: „On 29 July 1940, I, as head of the defense department of the OKW Operations Staff, together with a number of other officers of the defence department, attended a conference at Bad Reichenhall called by General Jodl. At this conference Jodl announced that Hitler intended to attack the U. S. S. R. in the Spring of 1941. Some time previous to this meeting Hitler had told Keitel that he wanted to launch the attack against the U. S. S. R. during the Fall of 1940. Keitel argued that it would be impossible to launch such a campaign that Fall because of the purely military difficulties . . . Keitel's arguments prevailed, and by the time of the 29 July conference, mentioned above, the date for the intended attack had been moved up to the Spring of 1941.“ Nürnberg-Dokument PS-5032. Die von S. und H. vorgebrachte „Kontinentalblock“-Idee ist mit Hitlers Wunsch, Rußland noch im Herbst 1940 anzugreifen, recht schwer in Einklang zu bringen.

Aussagen und deren Jodls und anderer Anwesender steht, „seine früheren Bekundungen ausdrücklich bestätigte“, kann man ihnen nur zu größerer Vorsicht in dem Umgang mit Prozeßaussagen raten.

Die Bedeutung der Konferenz des 31. Juli 1940 liegt darin, daß Hitler in ihr seinen Entschluß zum Angriff auf die Sowjetunion darlegte. Hitler sprach hier vor seinen unmittelbaren militärischen Ratgebern. Das war keine Rede von der Reichstagstribüne oder vor einem Nürnberger Parteitag mit vielen leicht zu brechenden Versprechungen. Hier wurden wichtige militärische Entscheidungen über „See-löwe“ und andere Unternehmungen getroffen. Hitler versuchte es nicht, die Anwesenden irrezuführen. Obwohl er die Abneigung seiner Berater gegen einen Ostfeldzug kannte, machte er keinen Versuch, russische Angriffsabsichten oder große Truppenkonzentrationen als Begründung für einen deutschen Angriff anzuführen. Was Etzdorf und Weizsäcker über diese Dinge dachten, und was Halder an kritischen Bemerkungen in sein Tagebuch eintrug, ist in diesem Zusammenhang belanglos. Hitler allein traf diese Entscheidungen, und die anderen, soweit unmittelbar eingeweiht, führten sie aus. Die Tendenz von S. und H., Hitlers Ausführungen zu bagatellisieren und statt dessen die Ansichten untergeordneter Personen in den Vordergrund zu stellen, tut der Wirklichkeit Gewalt an.

Daß Hitler seinen Entschluß unter keinen Umständen geändert hätte, habe ich, wie oben gesagt, nicht behauptet. Die weitere Entwicklung der deutschen Politik nach dem Herbst 1940 ist in meinem Buch ausführlich behandelt. Hier ist nur etwas zu der von S. und H. angeschnittenen Frage des Molotow-Besuches zu sagen. Trotz der Wichtigkeit, die sie Hitlers schriftlichen Befehlen beimessen, haben sie Hitlers eigene Worte hierzu nicht herangezogen. In der am Morgen von Molotows Ankunft verteilten und schon mehrere Tage vorher angefertigten Weisung Hitlers heißt es:

#### Weisung Nr. 18

##### 5. Rußland

Politische Besprechungen mit dem Ziel, die Haltung Rußlands für die nächste Zeit zu klären, sind eingeleitet. Gleichgültig, welches Ergebnis diese Besprechungen haben werden, sind alle schon mündlich befohlenen Vorbereitungen für den Osten fortzuführen.

Weisungen darüber werden folgen, sobald die Grundzüge des Operationsplanes des Heeres mir vorgetragen und von mir gebilligt sind<sup>8</sup>.

Dieser Absatz zeigt recht klar, was Hitler von dem Molotow-Besuch erwartete. Hier können S. und H. auch die Antwort auf ihre Frage nach vor dem Molotow-Besuch ausgegebenen Befehlen Hitlers finden. Diese waren „mündlich“ erfolgt. Hitler hatte es ja nicht nötig, alles schriftlich niederzulegen und seinen militärischen Beratern gegen Empfangsbestätigung zu übergeben<sup>9</sup>. Ferner dürfte diese

<sup>8</sup> Nürnberg-Dokument PS-444. Siehe auch den Hinweis auf den Entwurf der Weisung vom 7. November in Heinz Holldack, Was wirklich geschah, S. 425.

<sup>9</sup> Siehe auch die eidesstattliche Erklärung Ernst Köstrings vom 20. November 1945: „Im August 1940 waren die deutschen Militärattachés . . . zu ihrer jährlichen Beratung

Weisung Hitlers auch zeigen, daß der Entschluß, den Operationsbefehl herauszugeben, bereits feststand; nur die Einzelheiten mußten noch festgelegt werden.

In Zusammenhang mit dieser Frage steht das Problem der deutschen Truppenverlegungen. Wenn S. und H. glauben, mit der Berichtigung des Dokuments C-170 eine Entdeckung gemacht zu haben, so müssen sie die fragliche Anmerkung meines Aufsatzes (Nr. 53) noch einmal lesen. Der teilweise Zusammenhang der Truppenverlegungen mit dem rumänischen Problem ist dort ausdrücklich erwähnt. S. und H. übergehen aber dabei die anderen und viel wichtigeren Truppenverlegungen, die in Brauchitschs Befehl vom 6. September 1940 zusammenfassend angeordnet sind. Die darin vorgesehene Verlegung einer Heeresgruppe ist anscheinend nicht wert, auch nur erwähnt zu werden.

Die Ausführungen von S. und H. zur rumänischen Frage sind nicht mit dem wirklichen Verlauf der Dinge in Einklang zu bringen. Es hat wenig Zweck, die Rückwirkungen der Annexion Bessarabiens und der Nordbukowina hin und her zu debattieren. Zwei Tatsachen stehen fest. Erstens, „das Moment . . ., das die weitere Entwicklung in Südosteuropa auslöste“, war nicht die Annexion, sondern das geheime Zusatzprotokoll zum Nichtangriffspakt vom 23. August 1939. S. und H. werden kaum behaupten, daß die territorialen Forderungen Ungarns und Bulgariens ausgeblieben wären, wenn Rußland sich auf das ihm im Protokoll ausdrücklich zugesprochene Bessarabien beschränkt hätte. Zweitens haben wir zwei seinerzeit schriftlich niedergelegte Ausführungen Hitlers zu diesem Problem, die seine damalige Reaktion zum russischen Schritt widerspiegeln. Seinen militärischen Beratern sagte er, daß das Vorgehen Rußlands Italien unbequem sei (Halders Tagebuch, 3. Juli 1940). Dem italienischen Botschafter gegenüber bezeichnete er die russische Aktion als „eine gerechte Strafe“ für das „schwer kompromittierte Rumänien“<sup>10</sup>.

Ohne Beweise dafür zu liefern, behaupten S. und H., daß Hitler sich erst am 25. oder 26. August entschloß, den Streit zwischen Ungarn und Rumänien selbst zu regeln. Hitlers Ausführungen hierüber am 31. Juli interessieren sie anscheinend nicht. Ferner behaupten sie, wiederum ohne Beleg, ich hätte Halders Notiz vom 15. August mißverstanden. Diese Notiz berichtet über eine Unterredung zwischen Halder und General von Greiffenberg, Chef der Operationsabteilung. Thema: „Möglichkeiten des Einsatzes deutscher Truppen in Rumänien“. Es folgt dann eine Liste von Divisionen, die für diesen Einsatz „verfügbar“ sind, mit Kalkulationen über die notwendige Zeit, um sie marschbereit zu machen, die notwendige Zeit für den

mit dem OKH versammelt. Ich war dort in meiner Eigenschaft als Militärattaché in Moskau. Ungefähr am 6. oder 8. jenes Monats wurde ich von General Halder, dem Chef des Generalstabes der Armee, vorgeladen, welcher mir sagte, er habe vom Führer einen Befehl erhalten, Vorbereitungsmaßnahmen für Operationen gegen die U. S. S. R. zu treffen. Infolgedessen sagte General Halder, er würde mir bald viele Fragen stellen müssen . . .“ (Nürnberg Dokument PS-5014). Ein Hinweis auf Fragen, die Halder Köstring stellen wollte, ist im Halder-Tagebuch unter dem Datum 15. August 1940 zu finden.

<sup>10</sup> Alfieris Bericht vom 1. Juli 1940, zitiert in Mario Toscano, *Una mancata intesa italo-sovietica nel 1940 e 1941*, Florenz 1955, S. 48, Anm. 72.



„Durchmarsch durch Ungarn“ usw. Offensichtlich liegt das Mißverständnis auf der Seite von S. und H. Es scheint mir klar zu sein, daß Hitler sich bereits am 31. Juli entschloß, den Streit zu regeln und Rumänien eine Garantie zu geben, und daß darauf die Vorbereitungen für eine Besetzung Rumäniens folgten, diese aber aufgeschoben wurden, weil Hitler warten wollte, bis die Situation heranreifte. (Hätte er wirklich an ein unmittelbar bevorstehendes militärisches Eingreifen Ungarns oder Rußlands geglaubt, dann wäre wohl ein schnelleres deutsches Vorgehen erfolgt. Die von S. und H. vorgetragene These über Hitlers langes Zögern steht in völligem Widerspruch zu ihrer anderen These über Hitlers Sorgen vor einem Einmarsch in Rumänien.) Die rumänische Bitte um eine Heeresmission kam Hitler sehr genehm — er hatte nichts dagegen, wenn ein Land, das er sowieso besetzen wollte, eine Einladung schickte. Daß die Wünsche Rumäniens nur einen willkommenen Vorwand lieferten, zeigt Keitels Schreiben vom 20. September, das Entscheidungen Hitlers über die Militärmissionen enthält: „Ihre Aufgabe nach außen hin ist, das befreundete Rumänien bei der Organisation und Ausbildung seiner Wehrmacht anzuleiten. Die wirklichen Aufgaben, die weder den Rumänen noch der eigenen Truppe gegenüber in Erscheinung treten dürfen“, waren die drei Aufgaben, von denen ich eine zitierte. Ein anderes Dokument vom selben Tag enthält weitere schriftliche Angaben über Hitlers Entscheidungen, welche S. und H. wiederum nicht zitieren.

Geheime Kommandosache

Abschrift

Oberkommando der Wehrmacht

Abt. Ausland

Berlin, den 20. September 1940

Nr. 00104 g. Kdos. Ausl. III E

An den

Staatssekretär im Auswärtigen Amt

Freiherr von Weizsäcker

über VAA

Betr.: Deutsche Militärmission in Bukarest

Im Anschluß an die Rücksprache mit Generalleutnant von Tippelskirch vom 19. 9. darf folgendes ergebenst zur Kenntnis gebracht werden:

- 1.) Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht hat auf Vortrag des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht am 19. 9. nachmittags wie folgt entschieden:
  - a) Entgegen den rumänischen Vorschlägen soll in erster Linie, und zwar möglichst bald, die deutsche Truppe in Stärke von etwa 1 Division nach Rumänien verlegt werden.
  - b) Eine Abgabe von deutschem Kriegsgerät an Rumänien kommt während des Krieges nicht in Frage.
  - c) Die übrigen Vorschläge der Rumänen werden vom Wehrmacht-Führungsstab im Benehmen mit Heer und Luftwaffe geprüft werden.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

Im Auftrage  
(gez.) Canaris<sup>11</sup>

<sup>11</sup> Nürnberg-Dokument NG-4649.

Die rumänischen Wünsche kamen also zur rechten Zeit und waren sehr interessant, hatten aber wenig mit den deutschen Schritten und Absichten zu tun.

Genau wie dieses Dokument beweisen die Vorgänge um die Inseln im Kilia-Arm der Donau, daß das deutsche Vorgehen in Rumänien mit den Angriffsabsichten gegen Rußland in Zusammenhang stand, denn sie beleuchten den Charakter der deutschen Garantie Rumäniens. Die Ausführungen von S. und H. zu diesem Punkte beweisen genau, was ich selbst zeigen wollte — die Garantie war ein rein taktischer Schachzug der deutschen Politik, der Deutschlands Handlungsfreiheit in Rumänien und nicht das Territorium Rumäniens garantieren sollte.

Es fehlen noch immer viele Quellen zur endgültigen Aufklärung der deutschen Entschlüsse im Sommer 1940. Meine Arbeit sollte eine These aufstellen, die weitere Untersuchung fordert und fördert. Die von S. und H. in ihrer Entgegnung angewandten Methoden scheinen mir dazu jedoch höchst ungeeignet zu sein. Ihre Kronzeugnisse sind nichtssagende Eintragungen in Rosenbergs Tagebuch und eine durch mehrere andere Aussagen Warlimonts hinreichend widerlegte Prozeßaussage. Was Hitler in engstem Kreise als seine eigene Ansicht darlegte, soll man nicht glauben. Statt dessen werden Hitler Ideen Rosenbergs unterschoben, von denen er nichts wissen wollte; Meinungen von Etzdorf, Weizsäcker und Halder werden als maßgebend hingestellt. Alles, was nicht in die Theorie von S. und H. paßt — z. B. die Umgruppierung der deutschen Armee und der Umschwung der deutschen Politik gegenüber Finnland — wird übergangen. Vom Einfluß der Erwägungen über die indirekte Bekämpfung Englands ist kaum die Rede. Eine Eintragung im Halder-Tagebuch, welche S. und H. nicht gefällt, ist von mir „mißverstanden“ worden. Die von Churchill, Hull und Langer angeführten Berichte der englischen und amerikanischen Botschafter in Moskau werden mit einer Bemerkung beiseite geschoben, die nicht als sachlich anerkannt werden kann. Deutschlands stillschweigendes Zuschauen bei der sowjetischen Besetzung von garantierten rumänischen Gebietsteilen wird als „Gafencus . . . Polemik“ abgetan. Auf diesem Wege wird man der geschichtlichen Wahrheit kaum näher kommen.

Gerhard L. Weinberg